

Beschlussvorlage	Geschäftsbereich	Zentrale Dienste
	Ressort	IuK-Beauftragter
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Herr Dr. Weidemann 563-4717 563-8577 joerg.weidemann@stadt.wuppertal.de
	Datum:	02.05.2003
	Drucks.-Nr.:	VO/1078/03/1 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
14.05.2003	Ausschuss Zentrale Dienste	Entgegennahme o. B.
Linux-System in der Stadtverwaltung		

Grund der Vorlage

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen zum Finanzausschuss vom 27.01.2003, VO/1078/03.
- Verweis des Finanzausschusses an den Ausschuss Zentrale Dienste.

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss Zentrale Dienste nimmt den Bericht ohne Beschlussfassung entgegen.

Dr. Slawig

Begründung

Die Stadtverwaltung Wuppertal hat Ende des vergangenen Jahres eine initiale IuK-Strategie entwickelt und dem Ausschuss Zentrale Dienste in seiner Sitzung am 12.03.03 vorgestellt.

Eines der strategischen Kernthemen ist dabei der verstärkte Einsatz von sog. Open Source Produkten wie beispielsweise Linux. Diese Produkte zeichnen sich durch eine „offene Architektur“ aus, die dank zugänglicher Quellcodes grundsätzlich verändert und so an die eigenen Bedürfnisse angepasst werden kann. Die Strategieempfehlung geht auf eine Entscheidung des Verwaltungsvorstandes vom 14.02.2003 zurück. Zu den Hintergründen dieser Empfehlung wird auf den beigefügten Anhang 1 verwiesen.

Ergänzend ist Folgendes zu sagen:

1. Einige Server und Dienste im Back-Office wurden bzw. werden auf Linux umgestellt – teilweise sehr erfolgreich, wie der Betrieb der Web-Servers „Wuppertal.de“ zeigt. Im Front-Office Bereich wurde ein Pilotprojekt initiiert. Schwierig bei einem Wechsel gestalten sich üblicherweise nicht die Bürokommunikationsanwendungen, sondern insbesondere die Fachverfahren. Der weitere Einsatz des Windows-Verfahrens wäre unsinnig, da dann weiterhin Lizenzgebühren für MS-Windows anfallen. Die Existenz und die Tauglichkeit eines gleichwertigen Linux-Verfahrens gilt es im Einzelfall erst nachzuweisen.
2. Lizenzen für Open Source Produkte sind theoretisch kostenfrei. Wenn aber das von den Distributoren bereitgestellte Support-Angebot genutzt werden soll – eine Grundvoraussetzung für professionellen Betrieb – dann fallen hierfür auch nicht unbeträchtliche Gebühren an. Unter Berücksichtigung der ebenfalls anfallenden Schulungskosten ist das Sparpotenzial für die Software derzeit eher gering einzuschätzen. Im Hardware-Bereich wird sich kein nennenswertes Sparpotenzial ergeben.

Hinzu kommt, dass die eingesetzte Open Source Software aus einer Vielzahl von Teilkomponenten besteht, für deren einwandfreies Zusammenspiel niemand die Gewähr übernimmt bzw. wenn, dann nur gegen hohe Gebühren (z.B. SuSe).

3. Microsoft reagiert jetzt auf die Bemühungen der Städte, sich von Microsoft zu lösen. Wie in der Süddeutschen Zeitung vom 04.04.03 (s. Anhang 2) berichtet wird, hat der Stadtrat der Stadt München in seiner letzten Sitzung die von Experten favorisierte Entscheidung pro Linux vorerst zurückgestellt. Microsoft erhält die Möglichkeit, ein Angebot zu unterbreiten.

Zudem hat Microsoft weitere Zugeständnisse bezüglich der Rahmenverträge mit dem BMI gemacht, von denen auch die Stadt Wuppertal partizipieren kann.

4. Aus Sicht des IuK-Beauftragten ist die Sachlage derzeit nicht entscheidungsreif. Die Reaktionen von Microsoft legen nahe, die Entwicklung weiter konstruktiv zu beobachten, wie es die Stadtverwaltung derzeit macht.

Kosten und Finanzierung

entfällt

Zeitplan

entfällt

Anlagen

- Anhang 1 - Auszug aus der IuK-Strategie der Stadt Wuppertal
- Anhang 2 – Begründung Betriebssysteme und Office-SV

3.3 Betriebssystem / Office-SW im Front-Office (1/2)



Strategische Ziele

- Bis 2007 aufgrund der aktuellen Lizenzierungsverträge Ausrichtung auf Microsoft-Basis (Betriebssystem und Office-Software)
- Reduzierung der Abhängigkeit von Produkten eines Software-Herstellers (insbesondere Microsoft) im Front-Office

Weg zur Zielerreichung

- Flächendeckende Umsetzung der bestehenden Standards für Betriebssysteme und Office-SW als Voraussetzung zur Einführung neuer Standards
- Parallel Schaffung von Grundlagen für eine kompetente Entscheidung für die zukünftige Betriebssystemumgebung
 - Aktive Beobachtung des „Open-Source Marktes“
 - Aktiver (Erfahrungs-)Austausch mit anderen öffentlichen Verwaltungen und der freien Wirtschaft zum Einsatz von Open-Source Produkten
 - Eigene Erfahrungen sammeln und auswerten aus dem Open-Source Pilotprojekt
- Betriebssystem-Unabhängigkeit der Office-Software (spätestens 2007ff)

18/02/05

22

FICHTNER
CONSULTING & IT



Anhang 2: Begründung Betriebssysteme und Office-SW



Im Front-Office Bereich besteht wie in anderen Verwaltungen und in der Wirtschaft auch eine große Abhängigkeit vom Hersteller Microsoft und dessen Lizenzpolitik. Darüber hinaus sind u.a. folgende Punkte kritisch:

- Instabilitäten der Microsoft-Produkte („it's not a bug, it's a feature“)
- Sicherheitsrisiken durch Microsoft Internet Explorer und Outlook

Es gilt zu prüfen, inwieweit zukünftig Open-Source Produkte bei der Stadtverwaltung eingesetzt werden können. Hierzu dient u.a. das Pilotprojekt SiCAD/Open. Die entsprechenden Arbeitsplatz-PC's (20 - 25) werden auch mit Open-Source Office-Anwendung ausgestattet. Das Pilotprojekt dauert ein Jahr. Ziel ist die Sammlung von Erfahrung zum Umstieg und zur Kompatibilität mit der Microsoft-Welt. Weitere Quellen werden extern hinzugezogen.

Parallel ist aber auch die Entwicklung von / bei Microsoft zu beobachten. Microsoft wird die zunehmende Bedeutung von Linux nicht unbeantwortet lassen.

Ein anstehender Umstieg (auf Windows Nachfolger oder auf Linux) muss rechtzeitig vor 2007 (Ende der Lizenzlaufzeit) angegangen werden. Aus jetziger Sicht muss damit in 2005 begonnen werden.

18/02/05

59

FICHTNER
CONSULTING & IT



Absage an Microsoft?

Der Pinguin zwickt Gates

Die Stadt muss sparen. Eine Studie schlägt ihr vor, das Betriebssystem zu wechseln und Microsoft gegen das hochwertigere und günstigere Linux auszutauschen.

Von Berthold Neff

Es geht um einen Millionen-Auftrag mit Symbolwirkung: München erwägt, alle Verträge mit Microsoft zu kündigen und auf das freie Betriebssystem Linux umzusteigen. Eine Studie ergab jetzt, dass die Stadt so sparen und ihr Datennetz sicherer machen könnte.

Weil der Software-Riese befürchtet, dass andere Städte Deutschlands größter Kommune folgen könnten, kämpft Microsoft erbittert um den Deal. Vorige Woche unterbrach Microsoft-Chef Steve Ballmer seinen Skiurlaub, um mit OB Christian Ude zu verhandeln.

Nicht nur eine Frage des Geldes

Gestern debattierte der Stadtrat hinter verschlossener Tür darüber, ob der brisante Wechsel vollzogen wird, mochte die Entscheidung aber nicht übers Knie brechen und vertagte den Beschluss auf den 28. Mai. Bis dahin wird Microsoft der Stadt ein Angebot machen, so dass auf Euro und Cent klar ist, was München dabei gewinnt.

Mindestens 30 Millionen Euro wird die Stadt ohnehin investieren müssen, denn eine „Migration“ – so der Fachausdruck für den Wechsel – wird auch fällig, wenn München Microsoft treu bleibt: Der Software-Riese tauscht Windows NT durch XP aus.

» Das ist, als ob man bei Tengelmann über einen Stängel Petersilie verhandeln würde. «

Helmut Hoefler, stellvertretender Chef des städtischen Amts für Informations- und Datenverarbeitung

Als der Stadtrat vor einem Jahr beschloss, die Vorteile und Risiken eines Wechsels von Microsoft zu Linux durch eine Studie abzuschätzen, dachte niemand, dass Microsoft mit München groß verhandeln und der Stadt enorme Rabatte einräumen könnte. Helmut Hoefler, Stellvertreter in der Chefetage des städtischen Amts für Informations- und Datenverarbeitung, sagte damals: „Gegen Microsoft-Chef Bill Gates sind wir ganz klein, das ist, als ob man bei Tengelmann über einen Stängel Petersilie verhandeln würde.“

Inzwischen hat sich die Lage geändert. Das offene Betriebssystem Linux baut nicht nur seinen Marktanteil als Antreiber für die großen Server aus, sondern hält auch immer mehr Personal Computer (PC) am Laufen. Hinzu kommt, dass Microsoft nach wie vor seinen Nutzern über die Schulter schauen will. Dieses „Calling Home“ übermittelt Daten des Benutzers via Internet automatisch an Microsoft. In der Münchner Stadtverwaltung mit ihren 16.000 PC-Nutzern befürchtet man, dass auf diesem Weg auch hoch sensible Daten in fremde Hände gelangen.

Linux beim Ranking vorne

Die Münchner Wechsel-Studie wurde im vorigen Jahr europaweit ausgeschrieben. Die Firma Unilog Integrata, die den Zuschlag erhielt, kommt nun nach umfangreichen Prüfungen zu dem Schluss, dass es für die Stadt am wirtschaftlichsten wäre, sich ganz von Microsoft zu verabschieden.

In einer Punkte-Rangliste der monetär nicht messbaren Aspekte der fünf Varianten (reine Microsoft-, reine Linux-Lösung sowie drei Kombinationen) setzten die Gutachter die Version Linux plus Freie Büro-Programme auf Rang eins mit 6218 von 10.000 möglichen Punkten. Die reine Microsoft-Lösung (Windows XP) kommt mit 5293 Punkten nur auf den vorletzten Platz.

Dementsprechend ist vergleichbare Qualität bei Linux (mit zusätzlicher Windows-Simulation zum Nutzen alter Microsoft-Programme) mit 5665 Euro pro Punkt etwas günstiger als bei der reinen Windows-Lösung (5914 Euro). Hinzu kommt, dass ein Festhalten an Microsoft – und somit das Umsteigen von Windows NT auf XP – den ohnehin maroden städtischen Haushalt um gut 25 Prozent mehr belastet als der Wechsel zu Linux.

What else to offer?

Angesichts dieser guten Argumente für den Wechsel zu Linux verwundert es nicht, dass Microsoft-Chef Steve Ballmer vorige Woche seinen Skiurlaub unterbrach und aus der Schweiz ins Rathaus düste, um bei OB Christian Ude, dessen Direktorium die Federführung im EDV-Bereich hat, Boden gut zu machen.

Dem Vernehmen nach will Ballmer dem Münchner Rathaus-Chef in vielen Punkten entgegen kommen. Im Übrigen verwies er darauf, dass Microsoft demnächst mit Bundesinnenminister Otto Schily einen Rahmenvertrag abschließen werde, also auch in Sachen Sicherheit einen Persilschein bekommt.

Microsoft will sich vor allem auch beim städtischen Programm „Schulen ans Netz“ stark engagieren und die Stadt so finanziell entlasten. Über sonstige Preisnachlässe ließ der Mann, den die Konkurrenz als „General Patton der Software“ fürchten gelernt hat, ebenfalls mit sich reden. Kein Wunder also, dass sich OB Christian Ude bei dem Spitzengespräch immer wieder nach weiteren Zugeständnissen erkundigte, also vor allem einen Satz wiederholte: „What else can you offer?“